

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Lebenselemente der Demokratie

„Die Erhaltung der Meinungsfreiheit ist das Lebenselement der Demokratie. Wird sie eingeschränkt oder erdrosselt, stirbt auch die Demokratie.“ Das ist der Kerngedanke eines Aufsatzes, den der Schriftsteller *Hans Werner Richter* in der Monatsschrift *Die Kultur* (Nr. 157) veröffentlicht. Er betont, daß die Demokraten aller Länder solidarisch gegen jede Unterdrückung der Meinungsfreiheit in irgendeinem Lande protestieren müssen, z. B. gegen die Maßnahmen der französischen Regierung gegen die Unterzeichner des Manifestes, das zur Gehorsamsverweigerung im algerischen Kriege auffordert. Warum müssen die

Demokraten anderer Länder dagegen protestieren? Weil sie befürchten, daß „eine Art Anfang vom Ende“ eintreten muß, wenn es in den Staaten, die zumindest nach außen als Vorkämpfer dieser Freiheit auftreten, zur Einschränkung der Meinungsfreiheiten kommt: „Die Auseinandersetzung mit der totalitären Gesellschaftsordnung wird in dem Augenblick unfruchtbar und hoffnungslos, wo auf der Seite der Demokratien mit den gleichen Waffen gekämpft wird, nämlich mit Zwang, Verboten, Unterdrückung. Man kann die Sache der Freiheit nicht mit den Methoden der Unfreiheit verteidigen.“

Dann fährt Richter fort: „Trotz dieser so einfachen Wahrheit — einfach in dem sonst vielschichtigen Problem der Freiheit — erheben sich immer wieder Stimmen, die uns bei

solchen Protesten warnend darauf hinweisen, daß die Freiheit im Osten ebenfalls unterdrückt wird.“ Mit diesen warnenden Hinweisen setzt sich Richter im Einzelnen auseinander, um zu dem Schluß zu kommen, daß wir für die Männer und Frauen in den Zuchthäusern Ulbrichts, Ungarns usw. alles tun müssen, was in unserer Macht steht: „Wir können es aber nur dann tun, wenn wir in unserer eigenen freien Welt jeder Einschränkung der Freiheit entgegenreten, wenn wir immer wieder unsere Stimme gegen Unterdrückung, Zwang und Verbote hier bei uns erheben, denn dies ist unsere einzige Legitimation. Nur der Protest gegen jede Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Westen sichert uns dieses Recht.“

Nicht nur durch die Einschränkung der Meinungsfreiheit wird die Demokratie in ihren Grundlagen bedroht, sondern auch durch die moralische Diffamierung Andersdenkender. Zu diesem Problem enthält der Aufsatz von *Friedrich Heer* (Demokratie und Denunziation), den wir in diesem Heft veröffentlichen, sehr wesentliche und ernste Hinweise. Auch an anderer Stelle und von anderen Autoren wird dieser Gefahr in wachsendem Maße Beachtung geschenkt. So in einer Glosse (*Frankfurter Hefte*, Oktober 1960), in der sich *Walter Dirks* mit beißender Ironie gegen die unerhört leichtfertigen Verleumdungen wendet, die in dem sogenannten „Rotbuch“ einer Münchener Arbeitsgruppe im Komitee „Rettet die Freiheit“ gegen eine Reihe katholischer und evangelischer Persönlichkeiten, wie Heinrich Böll, Eugen Kogon, Inge Aicher-Scholl, Walter Dirks, Niemöller u. a. veröffentlicht wurden, um sie durch den durch nichts begründeten Vorwurf zu diffamieren, sie betrieben „kommunistische Infiltration“ und „KP-Propaganda mit dem Christentum“.

Auf ein anderes Beispiel solcher Diffamierung, das noch viel ernster ist, weil es aus dem Munde des Bundeskanzlers kommt, geht Überkirchenrat *Heinz Kloppenburg* in einem Aufsatz unter dem Titel „Bedrohung unserer Glaubwürdigkeit“ (*Atomzeitalter* Heft 10) grundsätzlich ein. Dr. *Adenauer* hat bekanntlich am 27. September vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt, wer der Bundeswehr heute noch moderne Waffen vorenthalte, der versündige sich, er sei ein „Narr oder noch böser“. Dazu schreibt nun *Kloppenburg*:

„Der Bundeskanzler hat damit erneut versucht, die Diskussion um eine Lebensfrage unseres Volkes, die wahrscheinlich die entscheidende Frage nach dem Überleben überhaupt ist, durch moralische Diffamierung Andersdenkender abzuschneiden . . . Es muß sehr deutlich gesagt werden, daß derartige Versuche, die Sachdiskussion durch moralische Aburteilung zu ersetzen, die Voraussetzungen gefährden, auf denen eine Demokratie möglich ist, und zugleich die sittlichen Grund-

lagen des politischen Miteinanders stören. Man kann nicht glaubwürdig für ein politisch freiheitliches System eintreten, wenn man sich der Argumente politischer Diktatoren bedient. Die Demokratie lebt von dem Respektieren des Gegners und von der sachlichen Prüfung seiner Argumente. Der Versuch, ihn sittlich zu disqualifizieren, ist nur gradweise, nicht grundsätzlich unterschieden von dem Versuch, ihn im Gefängnis unschädlich zu machen. Jede Aushöhlung demokratischer Prinzipien aber bedeutet eine Gefährdung der Positionen, für die der Westen einzutreten behauptet...“

Die Entscheidung für die Demokratie und für die ihr entsprechenden Methoden ist tiefer begründet als auf der Ebene bloßer politischer Zweckmäßigkeit. Sie ist bedingt durch eine ethische Grundentscheidung, in der es um die Frage der Mitmenschlichkeit geht. Hier fällt die eigentliche Entscheidung auch für jeden Politiker ...

Die Polemik des Kanzlers soll uns nicht hindern, weiter das zu sagen, was unsere Vernunft und unser Gewissen uns zu sagen gebieten. Und wir meinen, davor warnen zu müssen, unseren Einspruch gegen das atomare Wettrennen der Nationen mit den Kategorien abtun zu wollen, die Dr. *Adenauer* angewandt hat. Sie schädigen nicht uns, sondern sie schaden unserem Volke.“

Hinweise

Im *Europa-Archiv* (Nr. 22) hat Dr. *J. W. Brügel* eine sehr gründliche und übersichtliche Arbeit über die Entwicklung des Treuhandwirtschaftssystems der Vereinten Nationen von 1945 bis 1960 veröffentlicht. Alles, was man zu diesem Thema wissen muß (Mandatssystem des Völkerbundes, Bestimmungen der UNO-Charta, Treuhandratsrat, Petitionsrecht, die einzelnen Treuhandschaftsgebiete) findet man in dieser klaren und exakten Darstellung. Im gleichen Heft behandelt Dr. *Georg W. Strobel* Probleme der wirtschaftspolitischen Neuordnung in Polen, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiter selbstverwaltung und der Änderungen in der Agrarpolitik; ohne allen Schlußfolgerungen des Autors zustimmen zu können, möchten wir die Lektüre dieser Untersuchung empfehlen.

Die in Zürich erscheinende sozialdemokratische Zeitschrift *Rote Revue* hat Heft 11/12 ihres 39. Jahrgangs den Fragen der Entwicklungshilfe gewidmet. Von besonderem Interesse sind ein Vortrag von *Golda Meir*, israelischer Außenminister, über afrikanische Probleme, ein weiterer Vortrag von *Asoka Mehta* über „Aufgaben der Sozialdemokratie in Asien“ und sehr konkrete Ausführungen zur Praxis der Entwicklungshilfe von *Regina Kägi-Fuchsmann*.

Europäische Wirtschaft, Halbmonats-Zeitschrift für Gemeinsamen Markt, hat Nr. 22

ihres 3. Jahrgangs der elektrotechnischen Industrie in EWG und EFTA gewidmet. In einer Reihe von Aufsätzen und Berichten wird die Elektroindustrie verschiedener europäischer Länder dargestellt und der bisher erreichte Grad der Zusammenarbeit in der EWG und in der EFTA untersucht.

Das Mitbestimmungsgespräch veröffentlicht in Nr. 11 die Vorträge, die auf der jüngsten öffentlichen Veranstaltung der Hans-Böckler-Gesellschaft am 10. November 1960 in Düsseldorf gehalten wurden. Nach der Einführungsrede von *Ludwig Rosenberg* über das Gesamtthema „Aktienrechtsreform — aus der Sicht der Mitbestimmung“ sprach dort Dr. *Lorenz Wolkersdorf*, Überregierungsrat im Bundesfinanzministerium, über „Rechnungslegung und Publizität der Unternehmung“ und Dr. *Otto Kunze*, Justiziar des DGB, über das Thema „Von der Reform des Aktienrechts zur Reform des Unternehmensrechts“. Es ist sehr zu begrüßen, daß man auf diese Weise diese gedankenreichen Vorträge im Wortlaut nachlesen kann.

Über die Entwicklung in Jugoslawien hat *Fritz Escher*, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, nach einem Aufenthalt in Jugoslawien eine Reihe von

Artikeln in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz veröffentlicht, die jetzt in einer kleinen Broschüre unter dem Titel »Jugoslawien geht seinen Weg« erschienen sind (zu beziehen durch das Sekretariat der SPS, Zürich, Stauffacherstraße 5; Preis 1 sfr.). *Fritz Escher* schließt seine Darstellung, die eine wertvolle Ergänzung und Bestätigung des Aufsatzes von *Walter Gyssling* (Jugoslawien und seine Arbeiterselbstverwaltung, GM 3/1960) und des in diesem Heft veröffentlichten Aufsatzes von *Lorenz Knorr* bedeutet, mit folgenden Worten: „Wir dürfen den Jugoslawen den verdienten Respekt für ihre Leistungen nicht versagen. Wir sollten nicht mithelfen — auch nicht durch Unterlassungssünden —, sie in eine Situation zu bringen, die ihrer nationalen Unabhängigkeit gefährlich werden könnte. Und das vor allem deshalb, weil die jugoslawischen Arbeiter für die ganze internationale sozialistische Bewegung etwas Großes tun, indem sie durch die Selbstverwaltung der Betriebe tagtäglich den Beweis dafür erbringen, daß die Idee der wirtschaftlichen Demokratie keine Utopie, sondern lebendige Wirklichkeit ist; eine Wirklichkeit, die dem Volke Wohlstand und den allgemeinen kulturellen Aufstieg sichert.“

W. F.